

lands Vertrauen der werktätigen Bevölkerung zur einzigen revolutionären, sozialistischen Massenpartei, der KPD, zu untergraben.

In den heutigen „Dresdner Nachrichten“ wird im Leitartikel neben dieser Hege auch die kommunistische Massenarbeit dargestellt, und zwar in einer Form, die die innere Unsicherheit der herrschenden Klasse und die Furcht selbst vor der einfachen öffentlichen Werbetätigkeit der kommunistischen Partei kennzeichnet. Sehr bezeichnend ist hierfür folgender Abschnitt:

„Wemerkenswert ist hierbei, daß man sich nicht mehr mit der Erfassung des „Proletariats“ begnügt, sondern die Propaganda sogar auf den Mittelstand, Angestellte und Beamte auszuweiten versucht, und damit bereits auch erste Erfolge erzielt hat. Man gründete eine „Kampfgemeinschaft der Klein- und Gewerbetreibenden und freien Berufe“, und gibt für sie ein Blatt, „Das Kleingewerbe“, heraus. Besonders ausgebildete Funktionäre suchen in der Angestelltenbewegung Fuß zu fassen. Eine eigene Zeitschrift, „Die Kampfstimme“, wird für ein kommunistisches Beamten- und Angestelltenprogramm, das natürlich das Blaue vom Himmel herunter verspricht, wie sechs Stunden-Tag und politische Freiheit der Beamten...“

Dieser Abzug in dem Hegeartikel kennzeichnet bereits die wahren Beweggründe der ganzen antidemokratischen Hege. Es ist die Furcht der Bourgeoisie vor dem Vormarsch der Kommunisten und dem ununterbrochenen Wachsen ihres Einflusses auf die breiten Schichten des werktätigen Volkes. Um diese Arbeit zu hemmen, werden dann die grotesksten Bilder und Fantasiegebilde einer kommunistischen „Terrorarbeit“ gezeichnet: So wird u. a. behauptet, daß der „neutrale Besucher“ kommunistischer Versammlungen in steter Furcht vor einer „proletarischen Abreibung“ leben müsse, wenn er nicht gleich bereit sei, den „Terrorgruppen“ beizutreten. Auch hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Vergebliche Liebesmühen! Die kommunistischen Versammlungen weisen, eine um die andere, eine sich steigende Beteiligung nicht nur parteiloser, sondern auch anderer Parteien angehörender Werktätiger auf, die im Kampf um ihre Lebensrechte die kommunistische Partei mehr und mehr als ihre Führung anerkennen beginnen. Daran wird die kindliche Beschimpfung unseres Parteiführers, des Genossen Thälmann, und die infame Verleumdung unseres Genossen

Die Wahlen in England

Schwere Niederlage der Labour-Partei

Die englischen Wahlen haben zu einer schweren Niederlage der Labour-Partei geführt. Nach der Zählung der Mandate um 8.30 Uhr ergibt sich folgendes Bild:

Nationale Arbeiterpartei (Macdonald)	4
Konservative	222
Nationalliberale	23
Nationalliberale (Sir John Sinning)	14
Nationale Unabhängige	3

Für die „nationale Regierung“ insgesamt 266

Arbeiterpartei	25
Unabhängige Liberale (Lord George)	2

Parlamentsopposition insgesamt 27

Die Konservativen haben bisher 143 gewonnen. Die Verluste stellen sich bisher für die Arbeiterpartei auf 112 Sitze, für die Lord-George-Liberale auf 28, und für sonstige auf 3 Sitze. Das Ergebnis zeigt, daß die sozialistische Politik der englischen Sozialdemokraten die Massen der Konservativen in die Arme getrieben hat. Wie die kommunistischen Kandidaten abgeschliffen haben, die ja durch das reaktionäre Wahlgesetz unter besonders schwierigen Bedingungen zu kämpfen hatten, wird erst zu übersehen sein, wenn die einzelnen Wählerstimmen bekanntgemacht werden.

Heinz Reumann ebensowenig etwas ändern, wie die Hege gegen den Führer der Dresdner Straßenbahner, den Genossen Paul Gruner, der natürlich auch in diesem Leitartikel im Zusammenhang mit den Terrormärchen verleumdet wird. Der entscheidende Teil der Hege besteht jedoch darin, daß man die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den Massenkampf der Arbeiter in den Betrieben und der Erwerbslosen um Arbeit, Lohn und Brot in direktem Zusammenhang mit der angeblichen „Terrorarbeit“ zu bringen versucht und dagegen das schärfste Einsehen der Machtmittel des Staates fordert. Dies im Zusammenhang mit den auf der Tagesordnung stehenden Arbeits- und Lohnfragen in wichtigen Industrien, und mit der Steigerung der Bewegung der Erwerbslosen, die nicht gewillt sind, nach dem Rezept der Verziehten Kapitalismus lautlos nach dem Friedhof auszuwandern, zeigt die Notwendigkeit der Steigerung unserer organisatorischen und politischen Massenarbeit, vor der Gegner bereits zittert.

Daß die Bourgeoisie im Kampf gegen den Kommunismus gewillt ist, vor keinem Mittel zurückzuführen, zeigen nicht nur die Polizeiaktionen gegen kommunistische Funktionäre und die Einschüchterungen der Partei und der revolutionären Massenorganisationen, sondern auch die Entladung von direkten Vorkriegsbeispielen, die jetzt in allen Teilen des Reiches erfolgt. Dem Fall Kronberg in Dresden ist ein sehr interessanter Fall in Chemnitz gefolgt. Dort gelang es, wie der „Kämpfer“ meldet, dem Reichsrichterbienst der kommunistischen Partei, einen sozialistischen Vorkriegsbeispiel zu erwischen, der revolutionäre Arbeiter zu Überfällen auf einzelne Nationalsozialisten zu überreden versuchte, um dann deren Namen und Adressen den Nazis und der Polizei auszuliefern. Diesem Vorkriegsbeispiel konnte rechtzeitig das Handwerk gelegt werden und inzwischen ist es der kommunistischen Partei bereits gelungen, einem ganzen Nek von Vorkriegsbeispielen gegen die Legalität der KPD auf die Spur zu kommen. Die kommunistische Partei hat ein so festes Massenfundament, um nicht am Ende in all diesen Fällen Sieger zu bleiben.

War die große revolutionäre Einheitsfrontgebung am vergangenen Sonntag im Ausstellungspalast schon eine Antwort, so wird der Gewerbetag am kommenden Sonnabend und Sonntag ein Schlag in das Gesicht aller Feinde des revolutionären Kommunismus werden.

Tausende ehrliche, parteilose, sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter, Angestellte und Mittelständler werden in Massenabschlüssen erfasst und für die kommunistische Partei gewonnen werden. Eine besondere Rolle gerade angesichts der neu einsetzenden Pressehege gegen die KPD bildet die Steigerung der Werbung für ihre Literatur und Massenorgane.

Für die „Arbeiterstimme“ und das „Volksblatt“ müssen und können tausende neue Leser gewonnen werden.

Jeder einzelne dieser Leser bedeutet einen Vorposten im Kampf um die Sache der werktätigen Massen, im Kampf um die Verteilung der Führerin der Werktätigen Deutschlands, der kommunistischen Partei. Diese Werbetege werden ihren Höhepunkt finden in der großen Revolutionskundgebung am Sonntag, dem 8. November im Circus Sarrasani in Dresden, die den Massen Gelegenheit gibt, allen Feinden des schaffenden Volkes das Vertrauen und die Treue zur kommunistischen Partei zu demonstrieren. An dieser Massenarbeit wird sich die Kapitaljournalistik ihre Giftspäne ausdehnen. Trotz allem!

Nazi-Kapitalstreiche!

Nazi-Geheimkonferenz mit der Schwerindustrie

„Dortmunder Generalanzeiger“ hatte am letzten Donnerstag der Essener Naziführer und kommende Reichshändler der „National-Zeitung“, Paul Hoffmann, etwa 400 Wirtschaftsführer, Fabrikanten, Direktoren und leitende Schwerkapitalisten zu einer Versammlung geladen. Der Faschist Feder sprach in dieser Geheimkonferenz. In der Einladung heißt es: „Die Versammlung findet in unbedingter Geschlossenheit vor besonders geladenen Industriellen und Wirtschaftskreisen statt...“ Ein riesiger Autopark vor dem Essener Saalbau kennzeichnete die starke Teilnahme der Schwerindustriellen Scharmacher.

Offenkundiger als durch diese Geheimkonferenz zwischen Industriekapitalisten und der NSDAP kann wohl die verbrecherische Tätigkeit der Nazis im Solde der Großindustrie nicht demonstriert werden. Gegen diese immer frecher werdende Front der Harzburger Inflationisten und Neuhelmörder muß sich das ganze werktätige Volk in einmütiger Einheit zusammenschließen. Der Einheitsfront in Braunschweig folgend, muß der Selbstschutz gegen den Faschismus formiert werden.

Wie in Dresden und Freital:

„Völliger Wirrwar in der SA“

Spaltung der SA in Lübeck / Reichsbannerrotkommandos werfen oppositionelle SAler aus den Mitgliederversammlung / Sturm auf die SA-Jugendheime

Lübeck, den 28. Oktober.

Die Lübecker Sozialistische Arbeiterjugend hat sich gespalten. 200 SAler verließen ihre sozialfaschistische Führung. Schon seit längerer Zeit gürte es in der Lübecker SA. Eine ganze Reihe Jungarbeiter traten aus und gingen zum KPD. Ein Vorstandsmitglied der SA erklärte erst vor einigen Tagen seinen Eintritt in den kommunistischen Jugendverband.

Am Donnerstagabend hatte Dr. Leber die SA ins Gewerkschaftshaus geladen. Die sozialfaschistischen Führer erklärten, „keinen Tisch“ machen zu wollen, d. h. die SA nun auch von den letzten revolutionären Elementen zu reinigen. Daß ausgerechnet Dr. Leber in dieser Versammlung sprechen sollte, bedeutete eine direkte Provokation gegenüber den Klassenbewußten Elementen innerhalb der SA.

Bereits vor der Versammlung provozierte man am Eingang des Versammlungsraumes die SA-Jungarbeiter, indem ihnen erklärt wurde: Wer nicht in der SA bleiben will, habe kein Recht, den Saal zu betreten.“ So hat schließlich Dr. Leber die Abrechnung der hetzigen Jungproleten! Eine ganze Reihe von SAlern standen über diese Maßnahme distanzierend im Fluß des Gewerkschaftshauses. Hier schreite die sozialfaschistische Leitung nicht davor zurück, das Jungbanner zu alarmieren und gegen die SA einzusetzen. Jungbannerteile warfen dann einen Teil der SAler gewaltsam auf die Straße. Hierbei kam es zu Zusammenstößen.

Der „Lübecker Volksbote“ muß selbst den sozialfaschistischen Wirrwar. Es sei notwendig gewesen, „um endlich Ordnung zu schaffen“, den Bezirksvorsitzenden der SA, Bese, aus Kostock, als Kauschmelher nach Lübeck zu holen.

Am Dienstagabend räumten die oppositionellen SAler die Jugendheime aus und holten ihre Einrichtungsgegenstände aus dem Haus der Jugend von Blantensee usw., ebenso wurde das Käufler Jugendheim ausgeräumt.

Der „Lübecker Volksbote“ muß selbst den sozialfaschistischen Terror gegen die oppositionellen SA-Mitglieder eingestehen. Er schreibt:

„Einige Reichsbannerleute schafften Ordnung und es wurde einfach mitgeteilt, daß das mit dem Gehüll und Gehänge zu Ende sei... Nur wer in diesem Sinne arbeiten wolle, findet in Zukunft Platz in den Reihen der Sozialistischen Arbeiterjugend. Alle anderen brauchten die Versammlungen überhaupt nicht mehr zu besuchen, und wer von den SA-Funktionären der Partei nicht angehört, wie das Organisationsstatut es verlangt, der habe überhaupt keinen Zutritt.“

Wie brennend die Lage in der SA ist, zeigt die Tatsache, daß der „Lübecker Volksbote“ einen „Appell an die gesamte

Siegreiche KPD-Streiks

In dem Steinbruch Bell-Kammelsbach (Waden) wurde der Belegschaft anheimgestellt, einen 15prozentigen Lohnabbau hinzunehmen, widrigenfalls der Betrieb geschlossen würde. Die Belegschaft stellte sich geschlossen hinter die KPD und beantwortete die Lohnabbauannahme mit Organisierung des Kampfes. Daraufhin mußte der Unternehmer die Kündigung und den Lohnabbau zurücknehmen.

Teilerfolge der Forstarbeiter

Die mecklenburgische Regierung wollte einen Lohnabbau bei den Forstarbeitern von 7 Pfennig pro Stunde durchführen. Die Erklärungsfrist lief bis zum 14. Oktober. Neue Verhandlungen waren nicht vorgesehen. Die KPD mobilisierte die Forstarbeiter und unter dem Druck der Massen mußte von den Staatsvertretern und der Gewerkschaftsbürokratie ein neuer Verhandlungstermin angelehrt werden.

Der Lohnabbau wurde auf 2 Pfennig pro Stunde gemindert. Das ist auch schon ein unerhörter Abbau der niedrigen Löhne der Forstarbeiter. Aber nur durch das Eingreifen der KPD ist verhindert worden, daß die Löhne um 7 Pfennig pro Stunde abgebaut wurden.

Textilarbeiter verhindern Lohnabbau!

Die Direktion der Firma Levi & Co., Stuttgart, versuchte bei den Bekleidungsarbeitern einen 15prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Daraufhin ging die Belegschaft dazu über, passive Resistenz zu üben. Gleichzeitig waren drei Zuschneider gekündigt worden.

Unter dem Druck der streikenden Belegschaft und der roten Betriebsräte wurden sowohl die Kündigungen als auch der Lohnabbau zurückgenommen.

Das „Neue Volksblatt“ auf 2 Monate verboten!

Die erst zweimal erschienene Wochenzeitung der KPD für den Bezirk Magdeburg-Anhalt ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von 2 Monaten, und zwar vom 28. Oktober bis zum 25. Dezember verboten worden.

Ellen, 27. Oktober.

„Die besten revolutionären SA-Proleten kommen aus kommunistischen Jugendverbänden Karl Liebknecht!“

„SA-Mitgliedschaft“ bringen muß, ihre Kinder doch in die SA zu schicken. Aber da werden alle Appelle nichts helfen.

„SA-Fierschalen der SA“

Dortmund, 28. Oktober (Fig. Weidung)

Am letzten Sonntag fand hier eine Bezirkskonferenz der Sendewich-Partei statt. Als der Referent sehr scharf gegen die kommunistische Partei zu sprechen begann, protestierten zahlreiche Arbeiter gegen diese Hege. In der Diskussion erklärte ein Delegierter wörtlich: „Wenn es losgeht, werden wir mit den Kommunisten gegen die 2. Internationale kämpfen!“ Der Vertreter der Arbeitgemeinschaft für die Linken führte wörtlich aus: „Das Programm der SA trägt die Eierfischer der SA in sich. Darum bin ich schwankend geworden. Die Linie der SA ist nicht rein marxistisch. Eine konsequente marxistische Linie muß von der KPD vertreten... Es gilt jetzt, jeden Unerschrockenen von der Falschheit seines Weges zu überzeugen, und ihn für die rote Arbeiterfront zu gewinnen.“

„Sendewich-Partei ein Verbrechen“

7 Bremer SPD-Funktionäre zur KPD

In Bonn sind die SPD-Funktionäre Anton Fiedel, Stadtverordneter, 2. Vorsitzender des Ortsvereins Bonn der SPD; Ewald Erb, Vorstandsmitglied der sozialistischen Studentengruppe Bonn; Gustav Maner, Vorsitzender der SA und Jungsozialisten Bonn; Peter Schneider, Leiter der Kinderfreunde, Gruppe Bonn; Willi Wiedenhof, Leiter der Roten Falken; Rudi Schneider, und Max Fiedel zur KPD übergetreten. Sie haben eine Erklärung abgegeben, in der sie die Gründe ihres Uebertritts darlegen. Ueber die Sendewich-Partei schreiben sie u. a. folgendes:

„Wenn Sendewich nicht milde wird, zu betonen, daß der Kampf um Verwirklichung des Sozialismus die brennendste Gegenwartsaufgabe geworden ist, dann ist es ein nicht haltbares zu beurteilendes Verbrechen, die Arbeiter noch weiter zu verwirren und die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse noch länger zu verhindern.“

Sie schließen mit dem Aufruf an ihre Gefinnungsgenossen aus der SPD, sich durch keinerlei schmerzliche Abreden der Sendewiche verwirren zu lassen und appellieren an sie, ihren Schritt zu folgen.

„Gefängnisleid stolz tragen“

Neue Terrorurteile gegen streikende Seelente

Kiel, 28. Oktober (Fig. Weidung)

Gestern wurde in dem sogenannten Meuterer-Prozessen gegen die streikenden Seelente zum ersten Male auch vor dem Schöffengericht verhandelt, während bisher das Holtenauer Schöffengericht diese „Mebel“ zu erledigen hatte. Angeklagt ist die Forderung des Dampfers „Anita Ruh“, die der Abdecksführung beim Streik beistimmt wird. Würdig vertreten die Angeklagten auch vor den Schranken des Gerichts den Streik und erklären, daß sie jederzeit wie der den Kampf gegen Herrraub aufnehmen. Der Seizer Holstein wurde zu 4 Monaten, drei weitere Seelente zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Alle Angeklagten wurden sofort in Haft genommen. In seinem und seiner verurteilten Kameraden Namen erklärte Holstein nach diesem unerhörten Urteil, er würde das Gefängnisleid genau so stolz tragen wie ihre Kameraden (Händelkassen bei den Führern.)

Christentum oder Kommunismus

Große Auseinandersetzung zwischen Christentum und revolutionärem Marxismus

Dresden, den 28. Oktober.

Der Verband proletarischer Freidenker hat für den 28. und 29. Oktober zwei Versammlungen mit dem Thema: „Die soziale Not des werktätigen Volkes und das Christentum“ angesetzt, zu der die Geistlichkeit der Neustädter und Altstadt Kirchen schickte sich dazu geladen wurden. Heute erhalten wir die schriftliche Zusage von 6 Vertretern. Diese Auseinandersetzung wird die erste Auseinandersetzung seit der letzten 10 Jahre, die mit den Vertretern der Kirche stattfinden könnten. Genosse Schrapel hält das Referat. Jeder Arbeiter trafe Mittwoch bei Hollack, Dresden-N., und morgen Donnerstag bei Reglerheim, Dresden-N., in die Freidenkerversammlung.

Hausdurchsuchungen in Dresden-Neustadt

Wie uns bei Redaktionsbesuch mitgeteilt wird, finden in Neustadt bei Funktionären der KPD Hausdurchsuchungen statt. Der Grund war nicht zu erfahren.

In Dortmund traten im Laufe der letzten zwei Monate 72 SA-Leute zum Kampfbund gegen den Faschismus über.